EDITORIAL

VON ECKHARD NIEBERGALL
(1. Vorsitzender Polizeitrainer in Deutschland e.V.)

Erwartungen werden Realität

LIEBE LESER,

manchmal werden Erwartungen und Befürchtungen schneller Realität als einem lieb ist. Das galt auch für den Anschlag in Nizza. Eine der im Editorial des PiD-Magazins Nr. 19 als „Innovative Maßnahme“ beschriebene, salafistisch-terroristische Aktion, wurde Wirklichkeit. Der bereits im Internet verbreitete Auftrag, Lkw zur Tötung der „Kuffar“ (Ungläubigen) einzusetzen, wurde damit erfolgreich ausgeführt. Aufmerksame Beobachter der Szene waren vom Modus Operandi nicht überrascht. Bemerkenswert waren jedoch die Reaktionen oder besser gesagt, das was danach vielfach unterblieb:

Die adäquate Sicherung der weit oben auf der „Hitliste“ stehenden Anschlagsziele – die Weihnachtsmärkte in Deutschland. Bauliche oder mit Fahrzeugen errichtete Sperren an den Eingängen zu den Flanierbereichen in Berlin und vielen anderen Städten: Fehlanzeige! Das bei dem terroristischen Angriff in Berlin nicht noch mehr Menschen getötet oder verletzt wurden, ist nicht zuletzt auf das automatische Bremssystem des verwendeten LKW zurückzuführen. Bleibt abzuwarten, wie die Ursachenforschung zu diesem Ereignis ausfällt. Hier besteht – wie so oft – die Befürchtung, dass nicht mit schonungsloser Offenheit Defizite benannt und Konsequenzen gezogen werden, sondern aus parteipolitischem Opportunismus „Schwarze Peter“ hin und hergeschoben werden.

Das dritte Szenario „Angriffe mit Lkw“ wurde – vielleicht wegen des Anschlagsorts und der „geringen“ Zahl der Opfer – in den bundesdeutschen Medien nur am Rande wahrgenommen und schnell vergessen:

Am 8.1.2017 tötet ein Palästinenser mit einem Lkw drei junge Frauen und einen Mann, die zu einer Gruppe Soldaten gehören. Mindesten 13 weitere Menschen werden zum Teil schwer verletzt.

„Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte, wo kämen wir hin und keiner ginge, um zu sehen, wohin wir kämen, wenn wir gingen.“ (Kurt Marti)

In einem Kurzinterview berichtet ein Soldat, als der Fahrer des Lkw zurückgesetzt habe, um erneut anzufahren, sei ihm klar gewesen, dass es sich um einen terroristischen Anschlag handelt. Er habe deshalb sofort das Feuer eröffnet. Auf der Windschutzscheibe des Lkw sind mindestens zwölf Einschusslöcher erkennbar.

Der Soldat hat in diesem Moment das Richtige getan – das Feuer auf den Fahrer und nicht auf das Fahrzeug zu eröffnen. Dies konnte er jedoch nur, weil sich in Israel uniformierte Soldatinnen und Soldaten **bewaffnet in der Öffentlichkeit** bewegen. Dadurch konnten in diesem Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Opfer verhindert werden.

GESTÖRTES VERHÄLTNIS

In Sachen Schutz von Bürgerinnen und Bürgern erwies sich der Berliner Polizeipräsident Kandt hoffentlich nicht als Trendsetter: Nach einem Bericht der B.Z. vom 20.11.2016 ordnete er an, dass Polizisten in ihrer Freizeit keine Dienstwaffen mehr tragen dürfen. Es habe „Vorfälle im unsachgemäßen Umgang mit Faustfeuerwaffen im privaten Bereich“ gegeben, wurde Journalisten schwammig mitgeteilt. Getoppt wurde das anschließend von dem neuen Staatssekretär Torsten Akmann. Er bestätigte, dass Polizisten auch außerhalb der Dienstzeit nach dem Legalitäts- und Opportunitätsprinzip sowie dem Gefahrenabwehrrecht zum Eingreifen verpflichtet seien und schrieb dazu: „Hierfür stellt das Führen der dienstlich überlassenen Faustfeuerwaffe keine zwingende Voraussetzung dar.“ Zu Deutsch heißt das nichts anderes, als dass die Beamten auch ohne Waffe eingreifen sollen. In Zeiten der zunehmenden Gewalt auf der Straße und des Terrors müssten die politisch Verantwortlichen über alle die Beamten froh sein, die bereit

sind, auch außerhalb der Dienstzeit Verantwortung zu übernehmen. Bleibt zu hoffen, dass die „Glanzleistung“ von Herrn Kandt und seiner „Spezialisten“ nicht Schule macht.

WEG MIT DENKVERBOTEN – INNOVATIVE MASSNAHMEN

Ganz im Gegenteil sollte der Zug in die entgegen gesetzte Richtung gehen. Im Rahmen des PiD-Seminars am 5.11.2016 (s. Seite 6) wurde auch das private Führen von Schusswaffen durch Angehörige von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben diskutiert. Aus PiD-Sicht sollten die zuständigen Behörden das private Führen von Dienstwaffen fördern und mit einer Reihe von Maßnahmen unterstützen. Man stelle sich vor, ein bewaffneter Polizeibeamter der außerhalb des Dienstes auf dem Berliner Weihnachtsmarkt unterwegs gewesen wäre, hätte den Terrorist Amri gestoppt – wie es der junge israelische Soldat tat.

Hätten ihn die Berliner Amtsjuristen „zerrissen“ oder Innenminister und Polizeipräsident medienwirksam als „unser Held“ gefeiert? Die aktuelle und zu erwartende Sicherheitslage erfordert innovatives denken und handeln. Für alle, die in diesem Land Verantwortung für die Sicherheit der Menschen tragen, sollte deshalb ein Satz des Schweizer Pfarrers und Schriftstellers Kurt Marti, richtungweisend sein.

„Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte,
wo kämen wir hin und keiner ginge,
um zu sehen, wohin wir kämen,
wenn wir gingen.“ ■

Ihr Eckhard Niebergall